

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 73 (1979)

Heft: 10

Artikel: Kirche im Sozialismus : eine historische Begegnung in der DDR ; Das Ende des kirchlichen Antikommunismus ; Die unbewältigte "Option für den westlichen deutschen Staat"

Autor: Ordnung, Carl

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CARL ORDNUNG

Kirche im Sozialismus

Eine historische Begegnung in der DDR

Am 6. März 1978 fand in Berlin eine Begegnung zwischen dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, der zugleich Generalsekretär der SED ist, und dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen statt. Diese Begegnung hat weit über die Grenzen der DDR hinaus Aufsehen erregt. Im Lande selbst berichteten alle Tageszeitungen auf den Titelseiten darüber in Form einer von den Gesprächspartnern vereinbarten gemeinsamen Mitteilung.

Nach dieser Mitteilung würdigte Erich Honecker ausdrücklich

- das Friedensengagement der Kirchen, ihr «Eintreten für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Völkerverständigung, ... ihren Beitrag zur Beendigung des Wettrüstens»,
- die «humanitäre Hilfe der Kirchen an notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker»,
- das Mitwirken der Kirchen an «den zutiefst humanistischen Zielen des Sozialismus». «Die Arbeit, die in kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens geleistet werde, diene gesamtgesellschaftlichen Interessen».
- Schließlich unterstrich der Vorsitzende des Staatsrates noch einmal den Grundsatz der «Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger».

Bischof Dr. Albrecht Schönherr führte aus,

- «daß der Christ seine Existenz als Staatsbürger nicht nur so versteht, daß er die bestehenden Gesetze rein formal beachtet, sondern daß er sich von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß.»
- Er bezeichnete «die Kirche im Sozialismus als Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen».
- Er betonte, daß die Kirchen sich verpflichtet wüßten, einen Beitrag zum Hauptthema unserer Zeit: «Erhaltung und Sicherung des Friedens, Abrüstung, Bereitstellung der damit freiwerdenden Potenzen für den Aufbau einer glücklicheren, reicheren, freundlicheren Welt» zu leisten.
- Er sagte: «Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der

einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.»

Im einzelnen wurde über kirchliche Bauvorhaben, kirchliche Sendungen in Funk und Fernsehen, Gottesdienste und Seelsorge in Strafanstalten, Einfuhr kirchlicher Literatur, kirchliche Kindergärten, religiöse Feiern und Seelsorge in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen, Fragen der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft, sowie kirchlicher Friedhöfe u. a. verhandelt. In all diesen Fragen wurden positive Ergebnisse erzielt. Beispielsweise wurde die Zeit für kirchliche Sendungen im Rundfunk erweitert, im Fernsehen neu und erstmalig gewährt. Worin liegt über diese Verhandlungsergebnisse hinaus die Bedeutung dieser Begegnung?

Das Ende des kirchlichen Antikommunismus

Im Herbst 1978 besuchte eine sechsköpfige australische Pfarrerdelegation auf Einladung der Christlichen Friedenskonferenz die DDR. Die weitgereisten Gäste hatten in Kirchenzeitungen ihres Landes über diese Begegnung gelesen und wollten nun an Ort und Stelle Meinungen und Einschätzungen hören. Ein führender Mitarbeiter des Sekretariats des Kirchenbundes erklärte im Gespräch mit ihnen: In der Vergangenheit sei das Verhältnis Staat und Kirche in der DDR davon bestimmt gewesen, daß jeweils die eine Seite von der anderen erwartete, daß sie über kurz oder lang verschwinde. Diese Erwartung habe sich als Illusion erwiesen. Deshalb habe man nach einem modus vivendi suchen müssen. Das sei am 6. März geschehen.

So einleuchtend diese Erklärung auf den ersten Blick erscheint, beim ernsthaften Ueberdenken erweist sie sich — gerade auch für den, der die vergangenen dreißig Jahre bewußt miterlebt hat — als zu simpel. Gewiß haben b e i d e Seiten seit 1945 einen Lern- und Wandlungsprozeß durchlaufen. Aber Umfang und Intensität dieses Prozesses waren für Kirche und Staat beziehungsweise Gesellschaft durchaus unterschiedlich.

Die Kirchen standen der — als Reaktion auf die Schaffung eines westdeutschen Staates erfolgten — Gründung der DDR reserviert gegenüber und nahmen in der sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Staaten unter Bischof Dibelius eindeutig Partei für die westliche antisozialistische Wiedervereinigungskonzeption. Auf einem im Mai 1979 in Berlin veranstalteten Symposium der Sektionen Theologie zum 30. Jahrestag der DDR sagte Prof. Dr. Hanfried Müller (Berlin) in einem Referat über «Schwer- und Wendepunkte der Geschichte der Kirche der DDR», daß sich die evangelischen Kirchen in der jungen DDR auf das traditionelle Bündnis zwischen christlich und

konservativ «mit einer Intensität eingelassen haben, daß ihre Kalte-Kriegs-Predigt von damals nur mit der Heißen-Kriegs-Predigt von 1914 zu vergleichen ist». Von dieser Haltung bis zum 6. März 1978 war ein weiter und sicher nicht immer einfacher Weg zurückzulegen.

Die nach der Befreiung vom Faschismus im Osten Deutschlands sich entwickelnde antifaschistisch-demokratische Gesellschaftsordnung und die 1949 daraus entstehende DDR haben von Anfang an mit der Existenz der Kirche gerechnet. Marxisten waren offensichtlich von der Tatsache, daß einige wenige Christen sich im Widerstandskampf gegen das Hitlerregime engagiert hatten und an ihrer Seite in Gefängnissen und Konzentrationslagern litten und starben, so beeindruckt, daß sie nicht nur Christen zum politischen Bündnis beim gesellschaftlichen Neuaufbau einluden, sondern die Kirche überhaupt zunächst als antifaschistischen Faktor betrachteten. Erst der offene Antikommunismus der Kirchen nach 1949 führte zu starken Spannungen im Verhältnis Staat und Kirche — Spannungen, die primär politisch begründet waren. Daß es daneben bleibende weltanschauliche Spannungen geben mußte, wurde nie geleugnet.

Während also die Begegnung zwischen Erich Honecker und Albrecht Schönherr sich mehr oder weniger konsequent aus dem Ansatz der gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte von 1945 beziehungsweise 1949 ergab, mußte die Kirche einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß durchlaufen, um bei der Position anzukommen, die sie am 6. März 1978 eingenommen hat.

Um die ganze Schwierigkeit und Vielschichtigkeit dieses Prozesses zu verstehen, muß man sich klar machen, daß die Kirche in der DDR die einzige legale Organisation ist, die nicht organisatorischer Bestandteil der im Sinne des demokratischen Zentralismus aufgebauten sozialistischen Gesellschaft ist. Sie ist vom Staat getrennt und hat damit eine Freiheit wie noch nie zuvor in der Geschichte des deutschen Protestantismus. Da es nach dem Selbstverständnis der sozialistischen Gesellschaft keine institutionalisierte politische Opposition geben kann, stand die Kirche immer wieder in der Gefahr und Versuchung, anti-sozialistischen Kräften politisch als Plattform zu dienen. Die konservative Tradition des deutschen Protestantismus, die in Männern wie Dibelius gleichsam paradigmatisch Gestalt gewann, ermunterte zu einem solchen politischen Mißbrauch der Kirche. Ich sehe die große und wahrscheinlich kirchengeschichtliche Bedeutung des 6. März 1978 darin, daß hier zum erstenmal nicht mehr einzelne Christen und Kirchenmänner (die es natürlich auch immer gegeben hat), sondern die autorisierten Vertreter der evangelischen Landeskirchen in der DDR diesen Versuchungen und Versuchen eine klare Absage erteilt haben. Zum erstenmal haben Vertreter des deutschen Protestantismus eine Abgren-

zung nach rechts vollzogen. Die teilweise heftige Reaktion der kirchlichen Rechten auf die Begegnung vom 6. März beweist diese These.

Die unbewältigte «Option für den westlichen deutschen Staat»

Freilich, zu einer geistlichen Erneuerung kamen aus diesem mühsamen Ringen um Abgrenzung gegen den Mißbrauch von rechts kaum Impulse. Die wären eher aus einer Auseinandersetzung mit den Linken in der Kirche zu erwarten gewesen. Dazu ist es jedoch bis heute nicht gekommen. Wer sie nach dem 6. März erwartete, verkennt offensichtlich die Dialektik der Geschichte. Der Abgrenzung nach rechts folgte schnell eine ebensolche nach links. Man will zwar «Kirche im Sozialismus» sein, vermeidet aber jede inhaltliche Füllung dieser Formel. Man nimmt die Friedensfrage auf — und das ist sehr zu begrüßen —, sagt aber, daß man sie — im Unterschied zur Christlichen Friedenskonferenz etwa — von einer neutralen, über den Fronten stehenden Position her erörtern müsse. So ist die Kirche aus dem Gespräch vom 6. März zwar institutionell gestärkt hervorgegangen, aber im Blick auf ihre geistliche Ausstrahlungskraft erscheint sie merkwürdig unbeweglich. Ich sehe den Grund dafür in der noch kaum begonnenen kritischen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit.

Zwar hat Bischof Schönherr im April 1979 mit einem Vortrag «Ueber Auftrag und Weg der Kirche Jesu Christi in der sozialistischen Gesellschaft der DDR» einen erfreulichen Anfang gemacht. Aber die Berlin-Brandenburger Synode, vor der dieser Vortrag gehalten wurde, hat darauf mit großer Zurückhaltung reagiert. Man scheut die Auseinandersetzung mit dem eigenen Weg seit 1945, weil man dann offensichtlich bekennen müßte, daß «die Option für den westlichen deutschen Staat» — wie Schönherr das nennt — für die DDR-Kirchen schuldhafter Verrat am Evangelium war. Hanfried Müller hat in dem erwähnten Vortrag ausgeführt, daß im säkularen gesellschaftlichen Bereich Fehler der Vergangenheit im Vorwärtsschreiten korrigiert und bewältigt werden könnten. Bonhoeffer habe dafür in seiner Ethik den Begriff der «Vernarbung» geprägt. Für die Kirche Jesu Christi sei das aber keine Möglichkeit, sie sei der Ort, an dem Menschen die Erkenntnis ihrer Schuld geschenkt werde. Ohne Schuldbekennnis könne es keinen geistlichen Neuanfang geben. Mir scheint diese Ueberlegung ins Schwarze zu treffen.

Die sozialistische Gesellschaft in der DDR steht vor manchen Problemen und Schwierigkeiten. Ich frage mich manchmal, ob sie auch deshalb noch nicht so attraktiv ist, wie sie sein sollte, weil Kirchen und Christen in ihrer Mehrheit immer noch nicht gelernt haben, für diese Gesellschaft das «Salz der Erde» zu sein (Mt 5, 13). Um die damit gegebene Auftragsbeschreibung zu realisieren, ist ein weiterer Schritt nötig, den die Kirchen von sich aus zu gehen haben.